



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Rede

der Bundesministerin für Bildung und Forschung,

Dr. Annette Schavan, MdB,

zum Thema

**Herausforderungen und Perspektiven
der Bildungs- und Forschungspolitik**

in der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

am 2. Februar 2006

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Es gilt das gesprochene Wort!

I.

„Die Uni Freiburg sieht sich nicht nur im Wettbewerb mit Universitäten in Deutschland, ihr Feld ist die Welt“ – so war vor einigen Tagen (27. Januar 2006, Stuttgarter Zeitung) zu lesen. Oder in den Worten des Rektors: „Wir wollen in die Spitzengruppe der Forscher weltweit.“

Das ist einer von vielen guten Gründen für mich, heute zu Ihnen zu kommen, um allen, die in der Albert-Ludwigs-Universität arbeiten, herzlich zu gratulieren: Zur Entwicklung dieser Universität, zu ihren bisherigen Erfolgen in der Exzellenzinitiative, zum Konzept der Internationalität und zu dem großen Engagement, das notwendig ist, um eine solche Erfolgsgeschichte zu schreiben.

Professor Wolfgang Jäger steht mit seiner Person für diesen Erfolg. Er ist mit seinem herausragenden Engagement ein Motor und Gestalter dieser erfolgreichen Entwicklung. Die zehn Jahre seines Rektorates stehen für eine Entwicklung, die sich an internationalen Maßstäben orientiert. Er hat keine Angst vor Autonomie – er fordert sie seit Jahren. Er mahnt die Politik, der Wissenschaft zu trauen und darauf zu vertrauen, dass sie mit mehr Freiraum eine bessere Förderung von Talenten erzielt. Er will eine wirkliche „Talentschmiede“. Zu diesem Rektor gratuliere ich der Universität und danke ihm zugleich für seinen herausragenden Einsatz. Deshalb ist es auch ein Glücksfall, dass er sich zu einer weiteren Amtszeit entschieden hat. Ich freue mich darüber sehr, nicht zuletzt auf die Möglichkeit, bei ihm Rat zu holen in wichtigen wissenschaftspolitischen Fragen.

Wolfgang Jäger fordert Freiraum und warnt vor Verengungen. Er steht zum Humboldt'schen Universitätskonzept. Waren die Universitäten Ende des 18. Jahrhunderts zu reinen Lehrstätten geworden, so machte Humboldt daraus Stätten der Produktion von Wissenschaft. Dazu gehört die Einheit von Forschung und Lehre ebenso wie die Einheit der Wissenschaft, wonach jedes Fach im Zusammenhang der gesamten Wissenschaft zu sehen ist.

II.

Für den Humanisten Humboldt richtete sich das Konzept am Ideal der Bildung aus. Sie umfasst den „ganzen Menschen in allen seinen Kräften und allen seinen Äußerungen“ und ist nach Humboldt die einzige Möglichkeit für die „Fortschritte des Menschengeschlechts“. Während dies manches Mal in Deutschland als nicht mehr zeitgemäß gilt, so haben angelsächsische Länder die Einheit von Forschung und Lehre, die Bildung durch

Wissenschaft also, als Erfolgsrezept erkannt. So erklärt z.B. der Präsident der Stanford-University, Gerhard Casper, die amerikanischen Spitzenuniversitäten hätten „das Humboldt'sche Erbe stärker honoriert“, als „das heute in Deutschland der Fall ist“.

Die Aussage sollte uns nachdenklich stimmen. Wir müssen, wenn wir exzellente Universitäten suchen, nicht immer im Ausland schauen, sondern uns auf eigene Traditionen besinnen. Bekanntlich sind diejenigen am innovativsten, die ein gefestigtes Fundament haben und die Tradition, aus der sie kommen, nicht einfach vergessen. Und für den Zusammenhang von Bildung und Spezialisierung gilt die Erfahrung, dass aus einem gebildeten Menschen sich sehr gut ein Spezialist entwickeln kann, umgekehrt die Sache aber ziemlich schwierig ist.

Unsere Hochschulen sind auch aus diesem Grund das Herzstück des Wissenschaftssystems. Überzeugende Wissenschaftspolitik muss Sorge dafür tragen, dass sie ihre Aufgaben in Forschung und Lehre überzeugend wahrnehmen können. Es war daher richtig, neben dem Pakt für Forschung und Innovation zur Stärkung der außeruniversitären Forschung die Exzellenzinitiative für den Wettbewerb in der universitären Forschung zwischen dem Bund und den Ländern zu vereinbaren.

Seit Jahren wird beklagt, dass die Universitäten, die besonders viele erfolgreiche Forscherinnen und Forscher haben, durch die Overhead-Kosten auch besonders belastet werden. Das ist der Grund dafür, dass ich dem Kabinett vorgeschlagen habe, in dieser Legislaturperiode die universitäre Forschung besonders zu stärken. Das soll durch den Einstieg in eine an internationalen Maßstäben orientierten Struktur der Forschungsförderung erfolgen, die bei der Projektförderung den so genannten Overhead berücksichtigt. Es darf nicht der Eindruck verstärkt werden, dass jene Hochschulen, die erfolgreiche Forscherinnen und Forscher haben, im Gesamtsystem so belastet werden, dass hierdurch wiederum die Lehre nachhaltig leidet.

Die Exzellenzinitiative, bei der Ihre Universität in der ersten Runde so erfolgreich war, hat zu einer großen Dynamik in unseren Universitäten geführt. Die vorliegenden Anträge zeigen, dass wir herausragende Fachbereiche und herausragende Wissenschaftsstandorte in Deutschland haben. Da Wettbewerb nie die gleichmäßige Verteilung des zur Verfügung stehenden Geldes bedeutet, so war auch zu erwarten, dass durch die Exzellenzinitiative regional deutliche Unterschiede sichtbar werden. Erfolg, so zeigt sich, beruht auf langfristigen Entwicklungen, der auch durch die Kontinuität von Wissenschaftspolitik vor Ort ermöglicht wird. Auch wenn ich nicht zehn Jahre politisch in Baden-Württemberg gearbeitet

hätte, so würde ich bei dieser Gelegenheit feststellen, dass dies in Baden-Württemberg in herausragender Weise gelungen ist.

Letztlich stecken hinter den Erfolgen baden-württembergischer Universitäten bei der Exzellenzinitiative über 50 Jahre kontinuierliche Entwicklung und eine entsprechende Priorität in der Landespolitik ebenso wie das Engagement in den betroffenen Universitäten selbst. Das hat in diesen Tagen auch der Präsident des Wissenschaftsrates, Herr Professor Einhäupl, öffentlich festgestellt.

Ich habe in der vergangenen Woche die Kolleginnen und Kollegen Wissenschaftsminister aus den 16 Ländern zu einer ersten Beratung über einen möglichen Hochschulpakt 2020 eingeladen, weil mir wichtig ist, dass wir angesichts steigender Zahlen der Studierenden uns auch Gedanken über die weitere Kapazitätsentwicklung machen. Sie, verehrter Herr Professor Jäger, haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass das bestehende Kapazitätsrecht ungeeignet ist für eine gute Entwicklung der Universität, die Forschung und Lehre ernst nimmt. Unsere Aufgabe besteht also darin, für den Zeitraum bis zum Jahre 2020 eine Erweiterung in der Kapazität der Lehre entsprechend den prognostizierten Studierendenzahlen zu ermöglichen. Ich habe für die Bundesregierung ausdrücklich erklärt, dass wir hierzu – im Rahmen unserer Kompetenzen im System des Föderalismus – einen wirksamen Beitrag leisten wollen.

Verständlicherweise beschäftigt die Föderalismusreform unsere Hochschulen stark. Ich bleibe Föderalistin, auch im neuen Amt. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die klare Zuordnung von Verantwortung an die Länder für die Hochschulen a priori von Nachteil ist. Die Entwicklungen in Baden-Württemberg sprechen eine andere Sprache. Zu einem überzeugenden und innovativen Föderalismus gehört ein hohes Maß an Selbständigkeit der Hochschule vor Ort. Ebenso wichtig sind gemeinsame strategische Ziele in den Ländern sowie zwischen dem Bund und den Ländern. Dies sollte nach meiner Überzeugung Teil des Hochschulpaktes sein. Darüber, wie die Ziele zu erreichen sind, muss ein Wettbewerb möglich sein. Letztlich sprechen wir in Zukunft nicht mehr über die Frage des Verhältnisses von Bund und Ländern zu den Hochschulen, sondern viel mehr über das Verhältnis der öffentlichen Hand zu den Hochschulen. Es ist deshalb falsch, die Föderalismusreform einzig von den Mechanismen der Steuerung in der Vergangenheit her zu beurteilen. Es ist jetzt unsere Aufgabe, neue Steuerungsinstrumente seitens der öffentlichen Hand zu entwickeln, die dem Leitbild der Autonomie und des Wettbewerbs gerecht werden.

III.

Ich stehe für ein neues Kapitel im Verhältnis zwischen Bund und Ländern, das durch einen konstruktiven Dialog und wechselseitiges Vertrauen geprägt ist. Wir ändern damit noch nichts an der dramatischen Lage aller öffentlichen Haushalte. Sie zu ändern ist eine der vorrangigen Aufgabe der nächsten Jahre, wozu im Investitionsprogramm der Bundesregierung mit 25 Milliarden Euro erste wichtige Impulse gesetzt wurden. Unbestritten ist auch, dass Investitionen in Forschung und Entwicklung einen wichtigen Impuls für künftigen Wohlstand und künftige Wettbewerbsfähigkeit darstellen. Deshalb wird diese Bundesregierung ihre Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in bisher nicht bekannter Weise steigern: Mit ihrem 6 Milliarden-Programm wird sie ihren Beitrag leisten, damit Deutschland im Rahmen der Lissabon-Strategie an das Ziel kommt, bis 2010 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung zu investieren. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Das Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Länder und die Wirtschaft ihren Beitrag zu dieser Strategie leisten. Wir werden die europäische Präsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007 nutzen, um aktiv dafür zu werben, dass dieses Ziel in Europa erreicht wird.

Zugleich gilt für Deutschland und für Europa insgesamt, dass diese beachtlichen Investitionen die Voraussetzungen dafür sind, im internationalen Wettbewerb nicht zurückzufallen. Wir wissen, dass in anderen Teilen der Welt, z.B. in China, in den USA oder in Indien, eine Dynamik von bislang nicht gekanntem Ausmaß herrscht. Wir müssen uns den Anforderungen stellen, die wissensbasierte Gesellschaften für ihre Entwicklung brauchen. Der Chef des Forschungszentrums Jülich, Professor Joachim Treusch, hat schon vor zehn Jahren darauf hingewiesen, dass die Verdopplungszeit der heute in den USA tätigen Naturwissenschaftler rund zehn Jahre beträgt. Weltweit hochgerechnet bedeutet dies, dass neun von zehn Naturwissenschaftlern, die je auf der Erde geforscht haben, dies heute tun. „Man kann diese verblüffende Tatsache auch anders formulieren: In den nächsten zehn Jahren wird genauso viel geforscht und mehr publiziert werden als in den fast 2500 Jahren seit Demokrit und Aristoteles.“

Unsere Universitäten nehmen also Teil an einer ungewöhnlich hohen Produktion neuen Wissens, dessen Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft die Quelle für die Innovationsfähigkeit unseres Landes ist. Damit verbundene Fragen der Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems sind von daher, weit über ein Ressort hinausgehend, Fragen von zentraler gesellschaftspolitischer Relevanz.

Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, dass unsere Universitäten, Fachhochschulen und, in Baden-Württemberg, die Berufsakademien einen ausreichenden Anteil an den Investitionen erhalten müssen, die für ihre Arbeit notwendig sind.

Deshalb sind wir in den Planungen für den Einstieg in die Finanzierung der Overheadkosten als Teil des Hochschulpaktes. Und deshalb habe ich auch bei der Anmeldung für den Haushalt 2006 verfügt, die Finanzmittel für die angewandte Forschung an Fachhochschulen deutlich zu erhöhen. Unsere Fachhochschulen sind die richtigen Partner für viele innovative mittelständische Unternehmen. Nur dann, wenn diese Partnerschaft ausgebaut wird, können wir dem 3 %-Ziel näher kommen.

IV.

In der Aussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin habe ich davon gesprochen, dass wir Deutschland zu einer „Talentschmiede“ weiterentwickeln wollen. Allein für zusätzliche FuE-Aktivitäten zur Erreichung des 3 %-Ziels benötigen wir rund 90.000 Naturwissenschaftler und Ingenieure. Hinzu kommt wegen des wirtschaftlichen Strukturwandels, der beschriebenen Wissensintensivierung und einer hohen Zahl aus dem Berufsleben ausscheidender Fachkräfte ein steigender Bedarf an hoch qualifiziertem Personal. Wir brauchen also jeden hoch qualifizierten Absolventen.

Deshalb muss uns beunruhigen, dass unser Anteil an den Forschern und Entwicklern weltweit kontinuierlich sinkt. Allein der von der OECD gemeldete Zuwachs an Forschern in China zwischen 1997 und 2004 von über 300.000 Personen übersteigt die Gesamtzahl der in Deutschland beschäftigten Forscherinnen und Forscher. Auch deshalb messe ich der Talentförderung in allen Bereichen einen hohen Stellenwert bei. Wir müssen erreichen, dass der Anteil der Studierenden, die über unsere Begabtenförderungswerke gefördert werden, auf 1 % anwächst. Wir brauchen Signale an junge Talente, sich für einen Weg in der Wissenschaft zu entscheiden. Um solche Signale setzen zu können, brauchen unsere Hochschulen mehr Freiraum. Ich setze nicht auf zentralistisch verordnete Konzepte. Ich setze auf die Vielfalt der Ideen vor Ort, zu deren Umsetzung allerdings mehr Spielraum für die dort Verantwortlichen notwendig ist.

Ich habe angeregt, dass mein Haus im Herbst eine so genannte „Nachwuchskonferenz“ durchführt, auf der wir mit jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über ihre Erfahrungen sprechen, um neue Impulse für verlässliche Karrierechancen zu entwickeln.

Zu einer guten Wissenschafts- und Forschungspolitik gehört für mich das Interesse der Politik an wissenschaftlicher Arbeit und den Ergebnissen der Forschung.

Deshalb werde ich oft Institute und Hochschulen besuchen, den unmittelbaren Kontakt mit der Wissenschaft und dem wissenschaftlichen Nachwuchs suchen und mich darum bemühen, dass alle Säulen des Wissenschaftssystems gleichermaßen Entwicklungschancen bekommen. Ich verstehe mein Amt nicht als eines, in dem immer mehr Regeln verfügt werden, sondern so, dass wir der Verantwortung vor Ort, größeren Handlungsspielräumen und einem wirklich überzeugenden Weg zur Autonomie dienlich sind. Ich freue mich darüber, dass der Stellenwert von Wissenschaft und Forschung nicht nur in meinem Ressort, vielmehr in der neuen Bundesregierung insgesamt einen hohen Stellenwert hat.

Mit dem eben bereits erwähnten Pakt für Forschung und Innovation garantieren Bund und Länder den Forschungs- und Förderorganisation bis 2010 einen jährlichen Mittelzuwachs von mindestens 3 %. Sie erhalten damit Planungssicherheit und ein Plus von rund 150 Millionen Euro pro Jahr, wobei allein der Bund rund 100 Millionen Euro pro Jahr beisteuert.

Im Gegenzug verpflichten sich die Wissenschaftsorganisationen zu mehr Qualität durch mehr Wettbewerb, zu mehr Chancen für risikoreiche und unkonventionelle Forschungsansätze sowie zu einem Ausbau von Kooperationen mit der Wirtschaft. Darüber hinaus stehen sie im Wort, die Promotions- und Nachwuchsförderung strukturiert weiterzuentwickeln.

Die Steigerungsrate von 3 % ist kein Selbstläufer für die Forschungsorganisationen. Wir wollen mehr exzellente Forschung. Kein Institut kann sich mit der Aussicht auf jährliche Steigerungsraten ausruhen. Um zu überprüfen, ob und in wie weit die Ziele des Paktes erreicht wurden, werden wir ein begleitendes Monitoring-System aufbauen. Im Jahre 2007 sollen die Forschungsorganisationen erstmals vorstellen, welche Fortschritte sie bei der Umsetzung des Paktes erzielt haben. Gleichzeitig werden Ideen-Konferenzen zu besonders wichtigen Zielen des Paktes organisiert, im Jahr 2006 zum Thema „Exzellenz“. Hierbei sollen Ideen vorgestellt werden, wie die einzelnen Forschungseinrichtungen diese Ziele erreichen wollen. Es gilt ist, im Dialog und Wettbewerb die besten Ideen zu identifizieren.

Das Potenzial für Ausgründungen aus der Wissenschaft ist in Deutschland bislang nur unzureichend ausgeschöpft. Deshalb werden wir hier neue Akzente insbesondere in drei Bereichen setzen:

1. Wir brauchen eine verstärkte individuelle Förderung der Wissenschaftler, die an Projekten mit einem hohen Umsetzungspotenzial arbeiten und diese in Richtung eines „Proof of Concept“ oder „Proof of Market“ treiben wollen. Für derartige Projekte fehlen bislang in Deutschland weitgehend die notwendigen Finanzierungsmöglichkeiten.
2. Existenzgründer benötigen bestmögliche Startbedingungen. Dazu müssen wir die Beratungs- und Infrastrukturkapazitäten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausbauen. Die neue Gestaltung des Programms EXIST, das zum Ende des vergangenen Jahres ausgelaufen ist, bietet Chancen für solche Akzente.
3. Die Bundesregierung wird sich in besonderer Weise dafür einsetzen, Engagement und Motivation potenzieller Gründerinnen und Gründer zu steigern. Im Bereich des Wissens- und Technologietransfers gibt es über die Gründungsförderung hinaus eine ganze Reihe von Initiativen, die zu einer verbesserten Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in Produkte und Dienstleistungen beitragen werden.

Die Bundesregierung wird genau prüfen, wie es um den Übergang von Ergebnissen der Grundlagenforschung hin zur Anwendungs- und Marktnähe bestellt ist. Auf dieser Grundlage wird sie gemeinsame Innovationsstrategien mit Wissenschaft und Wirtschaft erarbeiten, um die Freiräume für unternehmerische Investitionen in Forschung und Entwicklung zu erweitern. Die „High Tech-Strategie“ Deutschland soll neue Initiativen der Bundesregierung im Sinne einer stimmigen Forschungs- und Innovationspolitik bündeln.

Ein weiteres großes Potenzial für mehr Innovationen in Deutschland liegt darin, die Probleme der Innovationsfinanzierung zu überwinden. Viele junge Technologieunternehmen können nicht entstehen oder wachsen, weil ihnen die entsprechenden Finanzierungsmittel fehlen. Deutschland bleibt bei der Bereitstellung von Wagniskapital weit hinter anderen entwickelten Industrieländern zurück. Die Bundesregierung wird deshalb die Rahmenbedingungen für die Anlage von Vermögen in Wagniskapital steuerlich attraktiver machen.

Die genannten Probleme treffen in Deutschland auch und gerade den Innovationsträger Mittelstand. Damit die Finanzierungsmöglichkeiten mittelständischer Unternehmen verbessert werden, plant das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, das Angebot an Beteiligungskapital und Mezzanine-Kapital für den breiten Mittelstand weiter auszubauen. Zudem sollen das System der Bürgschaftsbanken weiter gestärkt und die

Risikoaufteilung der KfW-Förderdarlehen verändert werden, um dem höheren Risiko kleiner Unternehmen verstärkt Rechnung zu tragen.

Dieses Bündel der von mir skizzierten Schwerpunkte und Maßnahmen wird uns in den kommenden Jahren stark beschäftigen, aber es wird sich lohnen. Am Ende soll erreicht werden, was die Bundeskanzlerin für die Positionierung Deutschlands insgesamt erklärt hat: Wir wollen unter die ersten drei in Europa kommen.

Wir wollen außerdem dafür werben, dass Europa sich als attraktiver Forschungsstandort weiter entwickelt und europäische Kooperationen ausgebaut werden. Wir unterstützen in Europa die Einrichtung eines europäischen Forschungsrates nach dem Vorbild der DFG und werden die Grundlagenforschung zum Schwerpunkt unserer Präsidentschaft 2007 machen.

V.

Ich komme auf die Albert-Ludwigs-Universität zurück: Als Sie, lieber Herr Professor Jäger, in das Amt des Rektors berufen wurden, haben Sie den Anspruch formuliert: Zukunft braucht Innovation, Vernetzung und Exzellenz. Sie waren damit Ihrer Zeit voraus. Seit Amtsbeginn erfüllen Sie dieses Credo mit Leben. Ein herausragendes Beispiel dafür ist der „Zentrenverbund Life Sciences“, den Sie aufgebaut und mit dem Sie zugleich einen Kristallisationspunkt für den Austausch von Natur- und Geisteswissenschaften geschaffen haben.

Das zweite Beispiel, das ich hervorheben möchte, ist die Einrichtung einer Fakultät für angewandte Wissenschaften. Im letzten Jahr konnten Sie auch deren zehnjähriges Bestehen feiern. Zu den Initiatoren dieser Fakultät zählt auch die Fraunhofer Gesellschaft, die eine zentrale Brücke zwischen Forschung und Wirtschaft bildet.

Mittlerweile haben fünf Fraunhofer Institute Ihren Standort in Freiburg und Baden-Württemberg ist mit insgesamt 14 Fraunhofer Instituten bzw. selbständigen Einrichtungen das Land mit der stärksten Fraunhoferpräsenz. Das ist eine Vernetzung von Universität mit außeruniversitärer Forschung, die vorbildlich ist.

Ich habe eingangs Wilhelm von Humboldt und das Leitbild von der Einheit der Wissenschaft zitiert, in der jedes Fach im Zusammenhang der gesamten Wissenschaft zu sehen ist. In den kommenden Jahren wird wichtig werden, die Rolle der Geistes- und Kulturwissenschaften stärker öffentlich zu machen. Das vor einiger Zeit erschienene Manifest zur Lage der

Geisteswissenschaften wirkt eher bedrückend. Die Geisteswissenschaften sollten nicht selbst ihren Auszug aus der Universität beschwören. Sie gehören in die Universität. Ihre Rolle erschöpft sich nicht in der Kommentierung der Ergebnisse von Naturwissenschaften, Medizin und Technik. Sie haben einen eigenständigen Auftrag, den sie selbstbewusst wahrnehmen sollten. Er hat zu tun mit dem Verständnis des „kulturellen Gedächtnisses“ unserer Gesellschaft. Er hat zu tun mit der Erschließung von Quellen für unser heutiges Selbstverständnis und der Reflektion von Überlieferungen ebenso wie dem Verständnis unserer Zeit. Bildung durch Wissenschaft braucht die Geisteswissenschaften – vor allem auch im selbstbewussten Dialog zwischen den Fakultäten.

Die Albert-Ludwigs-Universität ist auf dem Weg zu ihrem 550-jährigen Bestehen und zugleich auf dem Weg zu einer internationalen Spitzenuniversität. Diese erfreuliche Entwicklung geht Hand in Hand mit dem Antrag der Stadt Freiburg um den Titel „Stadt der Wissenschaft 2007“. Die Chancen stehen gut, denn die Stadt gehört zu den drei Finalisten, unter denen der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft Ende März in Dresden den Sieger küren will. Auch dazu wünsche ich Ihnen viel Erfolg.